

Mitteilung Rat 19.02.2019

Die Stadt Lüdinghausen und die Gemeinde Senden beabsichtigen, dem ZWAR-Netzwerk nicht beizutreten.

Das Projekt ZWAR hat zwischenzeitlich eine Förderzusage nur bis zum Ende des Jahres 2019 erhalten. Diese Förderzusage beinhaltet die Feststellung, dass das Projekt über den 31.12.2019 in dieser Form nicht weiter fortgeführt wird.

Seitens des Landes wurde der ZWAR-Zentralstelle NRW allerdings die Möglichkeit eingeräumt, ein Nachfolgeprojekt zu konzipieren und sich damit erneut um Fördermittel über 2019 hinaus zu bewerben. Bislang sind Inhalte eines solchen Nachfolgeprojektes hier noch nicht bekannt geworden.

Gemeinsam wurde daher mit der Gemeinde Senden einvernehmlich die Entscheidung getroffen, den Beitritt zum ZWAR-Netzwerk nicht zu empfehlen. Der Sozialausschuss der Gemeinde Senden wird diesen Tagesordnungspunkt in seiner Sitzung am 21.02.2019 beraten. Die endgültige Entscheidung des Ausschusses bleibt abzuwarten, um dann anschließend die politischen Gremien vor Ort in Lüdinghausen einzubinden.

Es ist aus Sicht beider Verwaltungen nicht hinreichend sichergestellt, dass die ZWAR-Zentralstelle lange genug die Aufbauprozesse der örtlichen Netzwerke begleiten kann, damit diese nach dem 31.12.2019 ohne weitere Begleitung selbständig agieren können. Diese Einschätzung erfolgt auch unter dem Aspekt, dass sowohl der Abschluss der erforderlichen politischen Beratungen sowie die Einbeziehung von Multiplikator/-innen und Akquise interessierter Bürger/innen noch einige Zeit in Anspruch nehmen würde, was den verbleibenden Unterstützungszeitraum weiter verkürzt. Ein Netzwerkbeitritt erscheint unter diesen Voraussetzungen daher zu unsicher.

Ungeachtet dessen, würden die Verwaltungen jedoch die weitere Entwicklung beobachten. Sollten etwaige Nachfolgeprojekte für eine interkommunale Zusammenarbeit zwischen den Kommunen Lüdinghausen und Senden geeignet erscheinen, würden die Gespräche verwaltungsseitig nochmal aufgenommen und erneut in die politischen Beratungen eingebracht werden.

Der Seniorenbeirat ist über diese Vorgehensweise informiert worden.